

R E S O L U T I O N

Die VV der KV Hamburg möge beschließen:

**Resolution 2 der VV der KV Hamburg vom 20.05.2026 zum GKV-
Beitragssatzstabilisierungsgesetz**

**Versicherungsfremde Leistungen müssen aus Steuermitteln finanziert
werden!**

Die Vertreterversammlung der KV Hamburg ruft die Bundesregierung dazu auf, versicherungsfremde Leistungen vollständig aus Steuergeldern zu finanzieren. Damit wäre das prognostizierte Minus der GKV für 2027 sofort ausgeglichen – und wir hätten über Jahre hinweg eine gesicherte starke ambulante Versorgung auf der Basis eines soliden GKV-Haushalts.

Begründung:

Der Staat muss alle Rechnungen bezahlen, für die er zuständig ist. Weshalb sollten nur GKV-Mitglieder für die Gesundheitsversorgung von Bürgergeldempfängern geradestehen – nicht aber beispielsweise auch Privatversicherte? Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Deshalb muss die Gesamtgesellschaft in die Verantwortung genommen werden. Die hierfür anfallenden Zusatzausgaben könnte der Staat über höhere Steuern auf ungesunden Konsum wieder hereinholen. Beim Public Health Index, der den Gesundheitsschutz in europäischen Ländern vergleicht, liegt Deutschland abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Hohe Steuern auf Alkohol, Tabak und Junkfood würden Krankheiten verhindern, Steuereinnahmen erhöhen – und die finanziellen Lasten einigermaßen gerecht verteilen.